

«Rückenwind»

Langsamverkehr soll gefördert werden

VADUZ Mit der Initiative «Rückenwind» möchte die Regierung fahrradfreundliche Unternehmen unterstützen. «Betriebe, welche die Nutzung des Fahrrads fördern, werden dabei mit Gold-, Silber- oder Bronzezertifikaten ausgezeichnet», teilte die Regierung am Mittwoch mit. Ziel der Initiative sei die Förderung des Langsamverkehrs zur Veränderung des Modal Splits in Liechtenstein. In der Bewerbungsphase wurden sämtliche Betriebe und Ämter in Liechtenstein, welche mehr als zehn Mitarbeiter beschäftigen, zur Teilnahme eingeladen. Per Ende Juni hätten 11 Unternehmen die vollständigen Unterlagen eingereicht und sich dazu entschlossen, aktiv an der Initiative teilzunehmen. «Die Radförderung in Unternehmen steht in Liechtenstein sicherlich erst am Anfang. Wir sind deshalb mit der Resonanz zufrieden», wird René Kaufmann vom Amt für Bau und Infrastruktur in der Medienmitteilung zitiert. Die Fachjury, unter der Leitung von Marianne Fässler, Pro Velo Schweiz, wird unter Mitwirkung der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie der Wirtschaftskammer in den kommenden Wochen die Unterlagen prüfen und beurteilen. Die Übergabe der Urkunden wird am Mittwoch, den 18. September, im Regierungsgebäude durch Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer erfolgen. «Für die Unternehmen zahlen sich diese Investitionen aus. Studien belegen, dass Rad fahrende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen produktiver sind, da sie sich besser konzentrieren können und durch die regelmässige Bewegung weniger krank werden», teilte die Regierung weiter mit. (red/ikr)

Erwachsenenbildung

Tagesfahrt nach Meersburg

MEERSBURG Ziel dieser Tagesfahrt ist das malerische Städtchen Meersburg am Bodensee, wo die Schriftstellerin Annette von Droste-Hülshoff (1797-1848) die letzten Jahre ihres Lebens verbrachte. Neben einer Führung im «Fürstehäusle» steht auch der Besuch des gleichentags stattfindenden Weinfestes auf dem Programm. Kurs 102 unter der Leitung von Martin Gassner findet am Samstag, den 7. September, statt. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan, Telefon 232 48 22 oder per E-Mail an info@steinegerta.li. (pd)

«Volksblatt»-Umfrage: Wo sparen Sie?

Rebecca Thürler: «Bei meinen Springpferden spare ich nicht!»

VON CAROLINE WIRTH UND SAMUEL SCHUMACHER*

Insgesamt 233 Millionen Franken will die liechtensteinische Regierung bis 2017 einsparen. Das «Volksblatt» wollte von den Menschen auf der Strasse wissen: Wo sparen Sie persönlich? Die Zeiten sind hart, die Krise dauert an, und Liechtenstein rüstet sich für die ungewisse Zukunft. Mit dem Massnahmenpaket III will die Regie-

rung bis 2017 zusätzlich 52 Millionen sparen. Rechnet man die beiden ersten Sparpakete mit ein, sollen über die nächsten drei Jahre insgesamt 233 Millionen zurückgelegt werden. Betroffen sind Kultur, Sport, Bildung und die Verwaltung. In der Sommersession wird der Landtag darüber entscheiden, ob die ambitionierten Sparziele der Regierung auch wirklich umgesetzt werden. Und wo setzt die Bevölkerung den Rotstift an? Das «Volksblatt» hat sich in

Über die Autoren*



Samuel Schumacher, 25, aus Zürich und Caroline Wirth, 27, aus Bludenz, absolvieren derzeit die vierte Internationale Sommerakademie für Journalismus und PR an der Universität Liechtenstein.

Vaduz auf der Strasse umgehört. Die Befragten zeigen sich vorsichtig optimistisch. Niemand sieht wirklich schwarz für die finanzielle Zukunft. Doch, ein bisschen sparen kann nicht schaden. Den neuen Fernseher gibts erst nächstes Jahr, statt auf die Malediven fliegt man nach Sardinien. Nur bei den Springpferden, da gibts keine Kompromisse.

www.volksblatt.li



«Ich habe keine Lust zu sparen. Was die Regierung macht, interessiert mich nicht wirklich. Ich würde erst dann auf das Geld schauen, wenn ich krank werde oder die Miete nicht mehr bezahlen kann.»

TRAUDL LANG
HAUSFRAU, VADUZ



«Wenn ich einkaufen gehe, dann überlege ich mir zweimal, was in den Korb kommt. Den neuen Fernseher gibts auch erst nächstes Jahr. Eine Woche Spanien habe ich mir aber gegönnt.»

FLAMUR DEMAJ
HAUSWART, RHEINECK



«Ich verdiene noch kein eigenes Geld. Mein Sackgeld gebe ich für Klamotten aus. Wenn etwas übrig bleibt, lege ich es zur Seite. Zurzeit spare ich für ein grosses Radio, das ich mit an den Strand nehmen kann.»

AJLA CAJLAKOVIC
SCHÜLERIN, VADUZ



«Ich verdiene als junger Fussballspieler ganz gut. Als Profisportler ist es aber wichtig, sich ein gutes Polster für die Zukunft anzusparen. Sonst stehe ich mit 34 dann mit leeren Händen da.»

PASCAL SCHÜRPF
PROFI BEIM FC VADUZ, SENNWALD



«Momentan müssen wir zum Glück noch nicht sparen. Ausser bei den Ferien: Heuer fliegen wir nach Sardinien statt auf die Malediven. Ich kaufe nur in Liechtenstein ein und achte nicht zu sehr auf die Preise.»

SILKE KINDL MIT LUNA UND LAUREL
HAUSFRAU, TRIESENBERG



«Circa zehn Prozent meines Gehalts spare ich für meinen siebenjährigen Sohn. Ich brauche am meisten Geld für Lebensmittel. Die Nähe zu Feldkirch kommt mir gelegen, dort ist vieles billiger.»

MANUEL BUTTAZONI
TROCKENBAU-FACHMANN, ALTENDORF



«Ich spare kaum. Ich schaue einfach darauf, dass ich mir das Geld gut einteile. Zuallerletzt würde ich bei meinen sieben Springpferden und den drei Hunden sparen.»

REBECCA THÜRLER
SELBSTSTÄNDIG, ZOFINGEN



«Bei einer finanziellen Krise würde ich eher auf etwas verzichten, als es günstiger oder in schlechter Qualität zu kaufen. Grundsätzlich sollte man das Sparverhalten an die Realität anpassen.»

MARCO PENG
BANKANGESTELLTER, IGIS

FL will Privilegien von Altregierungsräten einschränken

Vorstoss Ehemalige Regierungsmitglieder haben heute das Recht auf eine bis zu achtjährige Übergangszeit - bei Bezahlung von 50 Prozent des Lohnes - sowie auf einen Verbleib in der staatlichen Pensionskasse (PVS), wobei der Staat die Beiträge bezahlt. Die Freie Liste will das im Rahmen der PVS-Sanierung ändern.

VON MARTIN HASLER

Bei einer Medienkonferenz in Vaduz informierte die FL-Fraktion gestern über den Änderungsantrag, den sie nächste Woche bei der zweiten Lesung des Gesetzes zur Sanierung der PVS einbringen wolle. Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze bekräftigte, bei der Vorlage handle es sich gesamthaft um einen «respektablen Kompromissvorschlag»: Die FL stehe hinter der Lösung zum Stopfen des 300-Millionen-Lochs in der Pensionskasse, das täglich um 55 000 Franken wachse. «Es gibt keine Alternative, die rechtlich so gut abgeklärt ist», sagte sie.



«Wir sind zuversichtlich, dass wir eine Mehrheit erhalten werden.»

HELEN KONZETT BARGETZE
FL-FRAKTIONSSPRECHERIN

ehemaliger Regierungsräte eingeschränkt werden, was den Staat und die Pensionskasse um Millionen entlasten würde. Die FL setzt dafür an zwei verschiedenen Ebenen an: Erstens soll der Verbleib in der PVS auf Staatskosten in Zukunft nicht mehr möglich sein, zweitens soll die Inanspruchnahme von sogenannten Überbrückungsgeldern gegenüber heute stark eingeschränkt werden. Gemäss FL bezieht ein Regierungsrat ein durchschnittliches Jahresgehalt von 300 000 Franken. Scheidet er aus der Regierung aus, hat er heute das Recht dazu, die Hälfte davon als Überbrückungsgeld zu beziehen - nach einer Amtszeit sechs Jahre lang, nach zwei Amtszeiten sogar während bis zu acht Jahren. Angesichts der hohen Arbeitsbelastung für einen Regierungsrat sei eine bezahlte Auszeit durchaus angebracht, erklär-

te der Abgeordnete Thomas Lageder seinen Standpunkt. Gemäss dem Vorschlag seiner Fraktion soll der Anspruch darauf jedoch massiv reduziert werden - auf ein bis maximal zwei Jahre. Sollten alle derzeit amtierenden Regierungsmitglieder nach Ablauf dieser Legislaturperiode zurücktreten und ihre volle Übergangszeit beanspruchen, würde das gemäss der aktuellen Regelung 4,3 Millionen Franken kosten, gemäss Vorschlag der FL hingegen 800 000 Franken, rechnete Lageder vor.

Den möglichen Verbleib in der PVS auf Staatskosten will die FL komplett abschaffen. «Es gibt keinen Grund, den ehemaligen Regierungsmitgliedern die Dienstnehmeranteile der Pensionskasse zu schenken», heisst es in einem Positionspapier der FL-Fraktion. Die Abschaffung dieser Möglichkeit würde Thomas Lageder zufolge ebenfalls Millionen einsparen - schliesslich würden einem Regierungsrat, der mit 42 Jahren aus der Regierung ausscheidet, bis zur Pension 726 000 in die Pensionskas-

se eingezahlt, wie er an einem weiteren Rechenbeispiel aufzeigte. Die derzeit amtierenden Regierungsmitglieder wären von der Reduktion der Überbrückungsperioden nicht betroffen, da ihnen diese bereits vertraglich zugesichert seien; ein Verbleib in der PVS soll aber bereits für sie nicht mehr möglich sein, erklärte Thomas Lageder. Sie sei «sehr zuversichtlich», dass der Änderungsantrag eine Mehrheit erhalte, zeigte sich Helen Konzett Bargetze abschliessend optimistisch.

ANZEIGE

Räume
www.itw.li

... für Gewerbe, Industrie und Dienstleistung

ITW
Ingenieurunternehmung